

THOMAS HÄNDEL / FRANK PUSKAREV

DIE EU MUSS SOZIALER WERDEN ... ODER SIE ZERFÄLLT

«Man kann es spüren. Etwas Altes endet, etwas Neues beginnt», sagte der Präsident des Europäischen Rats, Donald Tusk, kurz nach dem Brexit-Referendum in einem Interview.¹ Ist das alte Europa bald tot? Das neue ist jedenfalls noch nicht erkennbar.

Was wir derzeit erleben, sind Resultate einer Politik, deren Gefahren seit Jahren beschrieben worden sind. Die Maastriicht-Verträge und die Lissabon-Strategie verpflichten die Europäische Union (EU) auf das neoliberale Dogma. Das Europa der EU erscheint so als ein Konkurrenz Europa, in dem zwischenstaatliche Solidarität nur noch bei konvergenten Wirtschaftsinteressen oder aber mit mehr oder minder fragwürdigen Deals herzustellen ist. Nicht erst seit Beginn der Krise haben sich die ökonomischen Gräben in Europa vertieft. So konzentriert sich nach der Krise zum Beispiel die gewerbliche Produktion in der EU zu 30 Prozent in Deutschland; auf Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien entfallen zusammengenommen rund 40 Prozent; die restlichen 30 Prozent verteilen sich auf die weiteren 23 EU-Länder.²

Gleichzeitig sieht das aus Europa heraus operierende Kapital seine Interessen gefährdet. Europa habe seinen Wettbewerbsvorsprung gegenüber anderen Weltregionen eingebüßt. Schon vor der letzten Europawahl forderte deshalb der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, die EU auf, «die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit zu einem Kernpunkt der nächsten europäischen Legislaturperiode zu machen».³ Auch die Debatte um die sogenannte neue Generation von Freihandelsabkommen, CETA, TiSA und insbesondere TTIP, liefert Belege dafür: «Es wird für die EU und die USA wohl die letzte Chance sein, einen operativen Rahmen für den Handel festzusetzen, bevor die Schwellenländer in Asien, Afrika, Indien und im Nahen Osten eine stärkere Rolle und mehr Einfluss in der Weltwirtschaft gewinnen.»⁴ Ein wirklicher Sozialstaat ist dabei nur hinderlich.

In dieser verschärften europäischen und internationalen Konkurrenzsituation ist die Austeritätspolitik die Brechstange für die Beseitigung sozialer Rechte in den Mitgliedstaaten und der Motor der Umverteilung von unten nach oben. Trotz der größten Anhäufung von Reichtum und Wohlstand in der

Geschichte des Kontinents sind Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung in der EU erheblich gewachsen: 24 Millionen Menschen sind arbeitslos, in den sogenannten Krisenstaaten über die Hälfte der Jugendlichen. Nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten ist noch in «Normalarbeit», sprich arbeitet in einem unbefristeten, tariflich entlohnten Arbeitsverhältnis – und zwar in allen Mitgliedstaaten.⁵ Beinahe 80 Prozent der wenigen neuen Jobs in Europa sind prekär. Gleichzeitig wurden Arbeits- und Sozialrechte in mehr als 20 Mitgliedstaaten der EU zum Teil massiv eingeschränkt. Die Einkommensungleichheit nimmt rapide zu. Die soziale Unsicherheit verhindert bis weit in die Mittelschicht hinein eine vernünftige Lebensplanung. Armut ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen: Rund ein Viertel der Menschen in der EU – 124,5 Millionen⁶ – sind arm oder armutsgefährdet.⁷

Verantwortungslose Politik- und Wirtschaftseliten fördern dennoch die Profitmaximierung des weltweiten, heute von den Finanzmärkten getriebenen Kapitalismus. Die Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten der Politik, also der Nationalstaaten, der Regionen und Kommunen sowie der Gesellschaft als Ganzes, wurden systematisch eingeschränkt und die Menschen den weitgehend unkontrollierten Finanzmärkten ausgeliefert. Über die europäische Ebene wurden der Steuerwettbewerb, der unkontrollierte Kapitalverkehr und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge vorangetrieben. Das Ergebnis: Demokratieabbau und die Zerstörung sozialstaatlicher Strukturen der Sicherheit. Dies gefährdet, zunehmend sichtbar, das friedliche Zusammenleben und die Sicherheit. Aggression und Abschottung nehmen europaweit zu.

Die Vision eines sozialen Europas rückt zusehends in weite Ferne, während die derzeitige EU das Vertrauen und die Billigung der Menschen spürbar verliert. Der sogenannte Brexit ist eben auch die Folge der Austeritätspolitik. Und ein Fanal.

Menschen reagieren enttäuscht, suchen der herrschenden Klasse einen Denkkzettel zu verpassen. Eine andere Politik in Europa stand leider nicht zur Wahl. Daher ist nicht jede souveräne Entscheidung auch souverän, wie Jakob Augstein treffend bemerkte.⁸

Referenden in Großbritannien, den Niederlanden und Italien, wachsende linke Bewegungen gegen die Austeritätspolitik wie Syriza in Griechenland oder Podemos in Spanien, allerdings auch die stärker werdenden nationalistischen Parteien von rechts haben der Kommission einen gehörigen Schrecken eingejagt. Juncker räumte ein, seine Kommission sei die «der letzten Chance». Ein neues Design, eine etwas schönere Verpackung soll her. Vieles deutet auf ein «Weiter mit ganzer Kraft – aber mit sozialem Anstrich» hin. Das wird nicht nur nicht reichen – es bleibt ein «Weiter so» auf dem falschen Weg.

Augen zu und durch

In Brüssel bekommt man es mit der Angst zu tun. Ein Scheitern der europäischen Idee und ihrer institutionellen Materialisierung «Europäische Union», das wissen alle, führt zurück in kleinstaatliches Chaos und Gewalt. Dennoch gilt offenbar: «Augen zu und durch». Die fünf Präsidenten – Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rats, Jeroen Dijsselbloem, Präsident der Euro-Gruppe, Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank, und Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments – hatten 2015 bereits weitreichende Pläne vorgelegt, wie die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vertieft und bis 2025 vollendet werden soll.⁹

Ihrer Auffassung zufolge soll die politische Regulierungskompetenz noch weiter auf EU-Institutionen verlagert werden, um eine «solide und krisenfeste Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion zu gewährleisten. Dazu gehört die Schaffung eines Euroraum-weiten Schatzamtes (*treasury*) und die gemeinsame Ausübung von Souveränitätsrechten.» Die praktische Umsetzung des Berichts der fünf Präsidenten in rechtlicher und institutioneller Hinsicht soll unverzüglich beginnen. Im Frühjahr 2017 sollen die erzielten Fortschritte bewertet und die nächsten erforderlichen Schritte skizziert werden. Anschließend werden die rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Vorbedingungen für die erheblich weiter reichenden Maßnahmen erörtert, die für die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion als erforderlich erachtet werden.¹⁰

Dieser Ausbau der sogenannten Economic Governance geht auch einher mit einem Rückbau der EU. Mit Programmen wie «Bessere Rechtsetzung» und REFIT, dem EU-Kommissionsprogramm «zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung» (die sogenannte Stoiber-Gruppe), sollen «gesetzgeberische Lasten» insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen abgebaut werden. Der Verdacht, dass es sich dabei im Wesentlichen um Sozial- und Arbeitsrechtsstandards handelt, ist nicht von der Hand zu weisen. Dieser Intention widersprechen auch andere Teile des «Fünf-Präsidenten-Berichts», die den Fokus stärker auf Beschäftigung und Soziales legen, nicht wirklich. Der Rückbau von sozialen Schutzrechten zur «besseren Förderung von Beschäftigung» ist die alte Leier konservativer Regierungen und der Rechten im Europaparlament.

Auch das von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angekündigte soziale «Triple A» für Europa – mit der überraschenden Ankündigung, das Prinzip «Gleicher Lohn

für gleiche Arbeit am gleichen Ort» solle künftig gesetzlich verankert werden – ist letztlich kein Indiz für die Absicht, ein sozialeres Europa schaffen zu wollen: Der im Frühjahr 2016 vorgelegte Kommissionsvorschlag einer «Europäischen Säule sozialer Rechte» soll nur «als Bezugsrahmen für das Leistungsscreening der teilnehmenden Mitgliedstaaten im Beschäftigungs- und Sozialbereich fungieren» und «Reformen auf nationaler Ebene» vorantreiben. Beide Vorschläge trafen umgehend auf massive Widerstände der Mitgliedstaaten. Während das Prinzip «Gleicher Lohn etc. pp.» insbesondere von den osteuropäischen Staaten abgelehnt wird, ist bei der «sozialen Säule» eine Mehrheit der Mitgliedstaaten gegen die Schaffung neuer sozialer Rechte.

Gleichzeitig sollen auf Initiative von Mitgliedstaaten und EU-Kommission die EU-Haushaltsposten für die großen Aufgaben der Bekämpfung von Armut und Jugendarbeitslosigkeit massiv gekürzt werden. Dies gleicht einem Konjunkturprogramm für rechts-autoritären Populismus, auch wenn immer wieder betont wird – jüngst wieder nach der Wahl Trumps zum Präsidenten –, man habe die Botschaft vernommen. Im Parlament und insbesondere im Beschäftigungsausschuss des Europaparlaments wurde dem vehement widersprochen und das Schlimmste verhindert.

Der Rückbau der EU, die sich lediglich um die Sicherung der Besitzverhältnisse, innere und äußere Sicherheit und vor allem um die Optimierung der Kapitalinteressen kümmert, ist bereits auf dem Weg – eine Orientierung, die an den klassischen Nachwachterstaat erinnert. Das im Oktober 2016 vorgelegte Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2017 legt die Schwerpunkte auf eine europäische Agenda für Migration (besser: für den sogenannten Schutz der europäischen Außengrenzen), den Kampf gegen den Terrorismus, die Energieunion, den digitalen Binnenmarkt, die Kapitalmarktunion sowie (unzureichende) Versuche zu einer Unternehmensbesteuerung fest. Im Fokus stehen die Vertiefung des Binnenmarkts und die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch eine optimierte Handelsstrategie und Handelsschutzinstrumente und eine neue Afrika-Strategie vervollständigen die Agenda zusammen mit der Umsetzung des «Europäischen Aktionsplans im Verteidigungsbereich» und der Schaffung eines Europäischen Verteidigungsfonds.¹¹

Die angekündigte neue Afrika-Strategie wird wohl kaum die dringend nötige Entwicklungspolitik für die Verbesserung der Lebensgrundlagen der Menschen auf diesem Kontinent zum Ziel haben, sondern wohl eher die stärkere Durchsetzung von Rohstoff- und damit Kapitalinteressen (z. B. gegen China). Vieles deutet darauf hin, dass es auch um den Aufbau von Pufferstaaten gegen die Zuwanderung auf den europäischen Kontinent geht. Die jüngst bekannt gewordenen Pläne der Bundesregierung zur Einrichtung neuer Aufnahmelager für Flüchtlinge, unter anderem in Tunesien, legen dies nahe. Zu mehr Gemeinsamkeiten reicht es derzeit in dieser EU nicht mehr.

Noch aussagekräftiger ist der Ausblick auf anstehende Veränderungen: Bis zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge im März 2017 sollen Maßnahmen zur Reform der EU mit 27 Mitgliedstaaten vorgelegt werden. Unter dem Titel «Eine starke Union auf Basis einer soliden Wirtschafts- und Währungsunion» (WWU) laufen bereits die Arbeiten an einem Weißbuch über die Zukunft Europas, das sich mit der zweiten Phase der Vertiefung der WWU unter den neuen

politischen und demografischen Rahmenbedingungen befasst. Dieses soll sowohl eine Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beinhalten als auch die Absicht, den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der WWU in wesentlichen Teilen in den Rechtsrahmen der EU einzufügen. Ferner soll das Europäische Finanzaufsichtssystem (ESFS) für die Wirksamkeit und Effizienz der Aufsicht auf makro- und mikroökonomischer Ebene überprüft werden.¹²

Bleibe es dabei, wäre eine Chance vertan, diese EU tatsächlich zu reformieren und die Webfehler der europäischen Einigung zu beseitigen. Ein Scheitern des europäischen Projekts wäre damit wahrscheinlich vorprogrammiert.

DIE EU VOR IHREM SCHEITERN? ... UND DIE LINKE IN EUROPA

Drei Szenarien für eine künftige EU scheinen absehbar:

(1) Die Kernstaaten der bisherigen EU verständigen sich auf einen Kurs, der auf allenfalls modifizierten vertraglichen Grundlagen eine autoritärere Durchsetzung der bekannten neoliberalen Governance verfolgt – mit sozialem Anstrich. Mittelfristig würde diese Verfahrensweise mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum zweiten Szenario führen.

(2) Die EU zerfällt zeitnah und hinterlässt eine europäische Kleinstaaterei mit Rückkehr alter Nationalismen, Abschottung und der wachsenden Gefahr militärischer Auseinandersetzung zur Lösung ökonomischer Konflikte – auch in Europa.

(3) Es gelingt, eine Bewegung zu schaffen, die aus den Fehlentwicklungen Lehren zieht und entschlossen ist, auf den Ruinen der alten eine neue, demokratische, solidarische und soziale EU zu konzipieren, zu errichten und kollektiv zu gestalten.

Um die letztgenannte Entwicklung voranzutreiben, wären allerdings zuvorderst politischer Wille und entsprechende Initiativen nötig – auf nationaler und europäischer Ebene, vor allem aber in und zwischen den politischen Formationen des Mitte-links-Lagers. Noch ist die Linke in diesem Prozess zwar nicht völlig sprachlos, aber vielstimmig und deswegen leicht zu ignorieren. Für ein klares Alternativkonzept ist eine umgehende Verständigung unumgänglich.

An Vorschlägen für einen alternativen Entwicklungspfad der EU mangelt es eigentlich nicht. Beispielhaft seien hier die EuroMemorandum-Gruppe,¹³ DiEM25¹⁴ oder die Arbeiten von Jürgen Habermas, Étienne Balibar oder Andreas Fischer-Lescano genannt. Wohl aber fehlen eine gemeinsame Verständigung und vor allem der Versuch, europäische Reichweite zu gewinnen und eine paneuropäische Kampagne auf der Basis einer gemeinsamen Strategie zu entfachen. Die einen beschränken sich auf papierne Proklamationen, bei den Nächsten findet die Bewegung in Konferenzsälen statt, andere starten elitäre Top-down-Prozesse, während der Rest auf eine Erneuerung Europas «von unten» wartet wie Samuel Becketts Helden in «Warten auf Godot».

Jüngst haben gar Sigmar Gabriel und Martin Schulz ein Positionspapier veröffentlicht, das den stolzen und anspruchsvollen Titel «Europa neu gründen» (sic!) trägt.¹⁵ Eine interessante Schrift, die über das bisherige blanke «Mehr Europa» weit hinausreicht und dennoch einige Mängel aufweist. Der gravierendste: die Einsicht, dass der heutige Zustand Europas wesentlich der Austeritätspolitik geschuldet ist, die von etlichen sozialdemokratischen Regierungen bzw. Mit-Regierungen getragen wurde und wird. Dabei geht es gerade nicht um ritualisierte Schuldeingeständnisse oder Canossa-Gänge, wie sie gelegentlich von sich besonders linientreu verstehenden Linken eingefordert werden, sondern um eine klare

Analyse politischer Fehler, die notwendig ist, um den Weg hin zu einer Verständigung der gesellschaftlichen Linken zu ebnet. Den Worten müssten allerdings auch Taten folgen.

Denn die Einsicht ist einfach, hat doch der Chefökonom der Europäischen Kommission, Jan in 't Veld, bereits 2014 in einer Studie die Effekte der Austeritätspolitik in der Eurozone für die Jahre 2011 bis 2013 berechnet:¹⁶ Wachstumsverluste von 8 Prozent (Griechenland), 6,9 Prozent (Portugal), 5,4 Prozent (Spanien), 4,9 Prozent (Italien), 4,8 Prozent (Frankreich), 4,5 Prozent (Irland) und 2,6 Prozent (Deutschland) waren die Folge dieser Politik. Dies allein ist schon ein ausreichender Beleg für die Notwendigkeit, mit der herrschenden Logik zu brechen.

Doch augenscheinlich erwarteten die Autoren Gabriel und Schulz selbst keine größere Resonanz – diesbezügliche Aktivitäten blieben denn auch aus. Dabei wäre es lohnend, das Papier zum Anlass zu nehmen und die Chance für eine offene Debatte mit der europäischen Sozialdemokratie zu ergreifen. Das könnte die oben skizzierten Prozesse durchaus in Gang bringen. Immerhin dürfte es manchem langsam dämmern: Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene wird eine grundlegende positive Veränderung der herrschenden Politik auf längere Sicht nur durch eine rot-rot-grüne Koalition – mit allen Mängeln, Risiken und Kompromissen, die Koalitionen mit sich bringen – zu erreichen sein. In der EU ist es absurd, eine solche Veränderung ohne ein notwendigerweise breiteres Bündnis, ohne oder gar gegen die Sozialdemokraten, respektive die Europäischen Sozialisten schaffen zu wollen.

Insofern hat Yanis Varoufakis leider recht, wenn er verlangt, die Linken müssten «erst die Krise bewältigen, bevor wir uns wieder streiten».¹⁷ Er verweist auf Parallelen zu den 1930er Jahren, als es nicht gelungen sei, «eine große Allianz gegen Rechts zu bilden. Wir dürfen diesen Fehler nicht wiederholen.» Varoufakis wirbt für «eine vereinigte und humanistische Linke in Europa, die den Menschen Hoffnung gibt». Dazu sei es wichtig, dass Marxisten mit Libertären, Grüne mit Progressiven der Mitte kooperierten. Eine Alternative zur herrschenden Politik, die immer tiefer in die ökonomische Krise führe und damit politische Geister der Vergangenheit heraufbeschwöre, werde aus vielen Farben bestehen müssen.

Bei der Entwicklung eines solchen Prozesses sind die linken europäischen Parteien derzeit, ob in der Europäischen Linken (EL) oder in der darüber hinausreichenden Parlamentsfraktion der Vereinten europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL), mehrheitlich eher Sandkörner als Triebfedern im Getriebe. Während die EL schon seit Längerem im politischen Winterschlaf verharrt und außer einigen Resolutionen eigentlich keine spürbaren Aktivitäten entwickelt, hat die GUE/NGL aufgrund der Heterogenität und eigentlichen Unvereinbarkeit der politischen Positionen, lang bestehenden Rivalitäten und mangelnder Bereitschaft, gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln, geringere bis gar keine Ausstrahlungskraft außerhalb der Mauern des Europäischen Parlaments.

Die wesentlichen Elemente einer gemeinsamen Strategie und Kampagne sind dabei nicht schwer zu finden: Eine Rückkehr zur Froschperspektive des Nationalstaats ist keine moderne linke Perspektive – weder in historischer, ökonomischer, ökologischer, humanitärer noch in friedenspolitischer und erst recht nicht in gesellschaftlicher Hinsicht. Sich auf eine die Menschen überzeugende und anziehende, europäische und vor allem parteiübergreifende Strategie zu verstän-

digen und damit den Grundstein für eine Bewegung zu legen mit dem Ziel, diese mehrheitsfähig – hegemonial – zu machen, ist sicher nicht einfach. Aber es ist, einmal mehr, die historische Berufung der gesellschaftlichen Linken.

Die Kernpunkte liegen auf der Hand und finden sich – in unterschiedlicher Akzentuierung – in diversen Schriften und Positionspapieren aus allen Parteienfamilien der gesellschaftlichen Linken in Europa:

- eine neue europäische Wirtschaftspolitik: investieren statt kaputtsparen und die ungleiche Entwicklung in den Mitgliedstaaten ausgleichen;
- eine europäische Beschäftigungspolitik: gute Arbeit fördern und schaffen, von der die Menschen eigenständig und frei von Armut leben können;
- eine wirkliche Sozialunion: Ausbau und Angleichung der sozialen Sicherheit mit Mindeststandards, die vor Armut schützen und eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge garantieren;
- die strikte politische Kontrolle der Finanzmärkte;
- eine koordinierte Steuerpolitik, ein gemeinsames Schuldenmanagement und die Wiederherstellung des Vorrangs der Politik vor der Wirtschaft;
- eine wirkliche Friedenspolitik: Abrüstung, Umstellung der Rüstungswirtschaft auf zivile Produktion und eine wirkungsvolle und nachhaltige Entwicklungspolitik;
- eine weitere Demokratisierung: die Stärkung des Europaparlaments, die Schaffung einer echten zweiten Kammer, direkt gewählt über die Regionen Europas, und die Wahl einer demokratisch kontrollierten, europäischen Regierung.

Es muss um ein Europa der solidarischen Regionen gehen, das sukzessive die geschaffene Konkurrenz der EU-Mitgliedstaaten – und damit letztlich die der Menschen – ersetzt. Dies mit politischen Maßnahmen zu untersetzen ist die jetzt anstehende Aufgabe von Verständigungsprozessen. Eine klare Konzeption, eine überzeugende Erzählung ist nötig, sonst wird der Prozess – und damit die Linke – zwischen den autoritär-neoliberalen Positionen (CDU/FDP) oder rechtsnationalen Standpunkten (AfD) zerrieben.

Das Gerüst dieses neuen sozialen wie solidarischen Europas ist und bleibt die Europäische Union. Hier liegt die Basis, auf der Veränderung erkämpft werden muss. Dies wird letztlich nicht ohne eine Anpassung der vertraglichen Grundlagen funktionieren. Die ersten Schritte jedoch lassen sich, politische Mehrheiten vorausgesetzt, schon heute und unter den gegebenen Umständen realisieren. Auch die bestehenden vertraglichen Grundlagen sind so beschaffen, dass sie politischen Gestaltungsspielraum geben. Es muss neben der oben skizzierten politischen Weichenstellung neu diskutiert werden, welche Kompetenzen auf welcher Ebene am besten angesiedelt sind. Sinnvoll wäre, den europäischen Gedanken und die EU wieder näher zu den Menschen zu bringen, ihnen in für sie überschaubaren Rahmen mehr Entscheidungen zu konkreten Umsetzungen zuzutrauen. Auf der europäischen Ebene dagegen müssen die Rahmenbedingungen verhandelt und für gleich welchen Politikbereich gemeinsam verabredet werden. Denn nur wenn für alle die gleichen Regeln gelten, kann dem Konkurrenz Europa wirksam der Kampf angesagt werden. Isolierte Währungsdiskussionen dagegen verschleiern eher die Sicht auf die dahinter liegenden Probleme, als dass sie sinnvoll etwas zur Lösung beitragen.

An diesen Punkten trennt sich übrigens auch die Spreu vom Weizen. Im Zweifel muss letztlich jenen Mitgliedstaaten, die am alten System der gegenseitigen Konkurrenz und

sozialen Abwärtsspirale festhalten wollen, die Tür gewiesen werden. Jene, die glauben, im nationalstaatlichen Rahmen mehr und besser gestalten zu können, müssen dies, wie nun Großbritannien, tun können. Niemand kann und sollte gezwungen werden, in der EU zu verbleiben. Eine solche Nachjustierung brächte allerdings tatsächlich einen neuen europäischen Mehrwert und könnte die Menschen in Europa wieder durch Taten überzeugen sowie an alte Versprechen von Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle anknüpfen. Es geht also weder um mehr noch um weniger, es geht um ein anderes, ein besseres, ein soziales Europa.

Kurzfassung eines Beitrags für «Europe ... what's left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung», hrsg. von Mario Candeias und Alex Demirovic, Westfälisches Dampfboot, Münster 2017. Zum Weiterlesen: «Europe ... what's left? 22 Thesen zu einer linken Strategie in Europa», unter: www.rosalux.de/news/42376/europe-whats-left.html.

Thomas Händel (DIE LINKE) ist Mitglied des Europäischen Parlaments (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke) und stellvertretender Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Frank Puskarev (DIE LINKE) leitet das Büro von Thomas Händel im Europäischen Parlament.

1 Donald Tusk im Interview, Bild-Zeitung, 12.6.2016, unter: www.bild.de/politik/ausland/donald-tusk/unsere-feinde-werden-champagner-trinken-46262200.bild.html. **2** Für die Entwicklungen in den europäischen Industrien vgl. Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW): European Competitiveness Report. A «Manufacturing Imperative» in the EU – Europe's Position in Global Manufacturing and the Role of Industrial Policy, Wien 2013; Simonazzi, Annamaria/Ginsburg, Andrea/Novella, Gianluigi: Economic relations between Germany and southern Europe, Cambridge Journal of Economics 3/2013. **3** Ulrich Grillo zit. nach: Deutsche Welle, 21.3.2014. **4** Edward Bowles, Europe Standard Chartered Bank und Mitglied des TTIP-Beraterstabes der Europäischen Kommission, in einer EU/US-Konferenz im Europäischen Parlament 2014. **5** Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB): Mehr Jobs oder nur mehr schlechte Jobs? Die Entwicklung atypischer Beschäftigung in Europa, Berlin 2012, unter: https://bibliothek.wzb.eu/wzbrief-arbeit/WZ-BriefArbeit132012_allmendinger_giesecke_hipp_leuze_stuth.pdf. **6** Eurostat: People at risk of poverty or social exclusion, unter: http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-datasets/-/t2020_50. **7** Die Welt, 5.12.2013, unter: www.welt.de/wirtschaft/article122585467/Jeder-vierte-EU-Buerger-ist-von-Armut-bedroht.html. **8** Augstein, Jakob: Thank you!, in: Der Spiegel, 30.6.2016, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/brexit-die-eu-muss-sich-aendern-jakob-augstein-kolumne-a-1100552.html. **9** Juncker, Jean-Claude, u. a.: Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden, Brüssel, 22.6.2015, unter: http://ec.europa.eu/priorities/publications/five-presidents-report-completing-europes-economic-and-monetary-union_de. **10** Ebd. **11** Vgl. das Arbeitsprogramm der Kommission 2017 «Für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt», Straßburg, 25.10.2016, unter: http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_de.htm. **12** Ebd. **13** Vgl. EuroMemo Group bzw. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik unter: www.alternative-wirtschaftspolitik.de/index.html. **14** Vgl. DiEM25: Europa demokratisieren! Europa wird demokratisiert oder es wird zerfallen!, 22.2.2016, unter: <https://diem25.org/manifesto-lange-version/>. **15** Gabriel, Sigmar/Schulz, Martin: Europa neu gründen, 23.6.2016, unter: www.spd.de/aktuelles/detail/news/aufbruch-jetzt/23/6/2016/. **16** Varga, Janos/Veld, Jan in 't: The potential growth impact of structural reforms in the EU. A benchmarking exercise, Brüssel 2014, unter: www.researchgate.net/publication/280485955_The_potential_growth_impact_of_structural_reforms_in_the_EU_A_benchmarking_exercise. **17** Yanis Varoufakis, hier und im Folgenden zit. nach: Varoufakis für «eine große Allianz gegen Rechts», in: Neues Deutschland, 17.9.2016, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1025838.varoufakis-fuer-eine-grosse-allianz-gegen-rechts.html.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 36/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Dezember 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling